Sächsisches Archiv für bürgerliches Recht und Prozeß.
Bd. 9, 1899, S. 223 - 224

Anwendung der Verjährungsfrist des Art. 349 des
H.G.B. 's auf den überseeischen Verkehr.

Digitale Bibliothek des

Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte

2010-09-05T15:29:20Z

Anwendung der Verjährungsfrist des Art. 349 des S.O.B.'s auf den überseeischen Verkehr.

Urtheil des D.L.G.'s, Dresden vom 17. Mai 1898. O. VII. 26/98.

Die Klägerin hat im Jahre 1895 für ihre Fabrik in Collingwood auf ihre Bestellung einen Gefrierapparat von der Beklagten von Chemnitz aus nach Australien geliefert erhalten. Den Gesamtpreis von 3338 £ 6 s 9 d hat sie der Beklagten in Wechseln gewährt. Mit ihrer am 11. Dezember 1896 zugestellten Klage hat sie die Summe von 507 £ 11 s 9 d = 10354 M 78 $\frac{1}{2}$ nebst Verzugszinsen gefordert. Dieselbe setzt sich zusammen aus 80 £ 5 s Schadenersatz für verspätete Lieferung und 427 £ 6 s 9 d, um welchen Betrag die Klägerin den Kaufpreis

der C.P.D. zur Last, insofern es das Sachverhältniß nicht allseitig erschöpfend behandelt habe. Vor Allem aber habe es unterlassen, in dem entscheidenden Theile des Urtheils zum Ausdruck zu bringen, welchen Inhalt der Vertrag, dessen Rechtsbeständigkeit festgestellt werde, habe; es hätte das, was in den Entscheidungsgründen über die Beschränkung bemerkt sei, in welcher hier das Wort Sportfreunden verstanden werden müsse, in der Urtheilsformel und bestimmt ausgesprochen werden müssen.

Hierzu wurde bemerkt:

Bei diesen Angriffen verkennt die Revision, was im gegenwärtigen Falle den Streitgegenstand gebildet hat. Der Beklagte hat bestritten, die Adressen der deutschen Sportfreunde überhaupt bestellt zu haben. Dies hat der Klägerin Anlaß gegeben, Feststellungsklage zu erheben, sie hat dabei in der Klagschrift ausdrücklich erklärt, sie habe ein dringendes Interesse daran, festgestellt zu sehen, ob ein bindender Vertrag über die Lieferung der Adressen der Sportfreunde zu Stande gekommen sei und zu Recht bestehe. Auf diese Frage hat sich auch bezüglich der Feststellungsklage in den Vorinstanzen der Streit beschränkt. Dabei ist zur Sprache gekommen, ob der Ausdruck „Sportfreunde“ genügend bestimmt sei; die Meinung, daß dies nicht der Fall sei, ist jedoch von der Beklagten ebenfalls nur zu dem Zwecke geltend gemacht worden, um zu begründen, daß ein rechtswirksamer Vertrag überhaupt nicht vorliege. Dagegen ist von keiner Partei verlangt worden, es solle nicht nur hierüber entschieden, sondern — eventuell — auch der Inhalt des Vertrags im Einzelnen, insbesondere der Umfang der von der Klägerin übernommenen Leistung festgestellt werden. Dementsprechend mußte deshalb auch das D.L.G. seine Entscheidung auf die Frage, ob ein Vertrag über die Lieferung der Adressen der Sportfreunde Deutschlands überhaupt zu Stande gekommen sei, beschränken. Seine Ausführungen darüber, was unter dem Ausdruck „Sportfreunde“ in Deutschland nach allgemeinem Sprachgebrauche und unter Berücksichtigung der hier vorliegenden besondern Umstände zu verstehen sei, sind lediglich dazu bestimmt gewesen, die Meinung, daß der Vertrag der erforderlichen Bestimmtheit nicht ermangele, zu begründen, nicht haben sie eine Entscheidung darüber geben sollen, auf welche Adressen die Klägerin ihre Lieferung beschränken müsse. Von diesem, nach Lage des durch die Parteianträge gegebenen berechtigten Standpunkte aus bedurfte es weder einer erschöpfenden Erörterung darüber, welche Sportarten hier außer Betracht bleiben müßten, noch hatte der decisive Theil des Urtheils einen Ausspruch hierüber zu ertheilen. Wenn in Folge dessen hierüber noch keine die Parteien bindende Gewißheit durch den gegenwärtigen Prozeß gewonnen worden ist, so beruht dies nicht auf einem prozessualen Verstoß des D.L.G.'s, sondern nur darauf, daß die Parteien unterlassen haben, eine weitergehende Klärung des streitigen Rechtsverhältnisses durch geeignete Anträge herbeizuführen.

wegen Mangelhaftigkeit des Apparats mindert. Als Mangel ist von ihr der Umstand geltend gemacht worden, daß die gelieferte Maschine und der Kompressor nicht neu seien. Die geminderte Summe wird durch eine Reihe von Einzelposten gebildet, die Aufwendungen für Beseitigung einzelner Fehler, entgangenen Gewinn und den Minderwerth der Maschine und des Kompressors in Folge ihrer Gebrauchtheit umfassen.

Die vorige Instanz hat durch Theilurtheil die Klage wegen des im Wege der Preisminderung geforderten Betrags nach Höhe von 427 £ 3 s gleich 8713 M 86 $\frac{1}{2}$ nebst Zinsen abgewiesen, in Uebrigen aber die Entscheidung dem Endurtheile vorbehalten.

Die Berufung der Klägerin wurde zurückgewiesen aus folgenden Gründen:

Die Verjährungseinrede, die die Beklagte auf Grund von Art. 349 des H.G.B.'s vorgeschützt hat, ist nach Ansicht des Oberlandesgerichts begründet. Erfüllungsort für die Verpflichtung der Beklagten, gemäß der von der Klägerin erklärten Preisminderung einen Theil des erhaltenen Kaufpreises zurückzugewähren, ist der Ort, wo sie ihre Handelsniederlassung hat. Es haben dieselben Erwägungen Platz zu greifen, die das Reichsgericht für den Fall, daß der Käufer den gezahlten Kaufpreis mit der Wandlungsklage zurückfordert, zu der gleichen Ansicht geführt haben,

siehe Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. 27, S. 398; Bolze, Praxis Bd. 21 S. 717.

Wenn in anderen Entscheidungen derselbe Gerichtshof im Hinblick auf die Verpflichtung des Käufers, Zug um Zug mit dem Rückempfang des Kaufpreises die erhaltene Waare dem Verkäufer zurückzugewähren, zu einem anderen Ergebnis gelangt ist, so kann doch eine gleiche Verpflichtung bei der Klage auf Kaufpreisminderung nicht in Frage kommen. War also Chemnitz der Ort, wo die Beklagte ihre Handelsniederlassung hat und schon zur Zeit des Vertragsabschlusses besaß, für die eingeklagte Forderung der Erfüllungsort, so war diese auch gemäß § 11 des H.G.B.'s nachdem im Königreiche Sachsen geltenden Rechte zu beurtheilen und zwar auch was die gegen sie vorgebrachte Verjährungseinrede anlangt,

siehe Entsch. des Reichsger. Bd. 1 S. 126, Bd. 2 S. 14, Bd. 6 S. 25, Bd. 7 S. 22, Bd. 9 S. 226.

Es hatten deshalb vor allem die Bestimmungen des H.G.B.'s Platz zu greifen. Diese regeln aber von dem Falle des Art. 338 abgesehen, den Begriff des Kaufvertrags nicht, so daß letzterer nach Art. 1 daselbst aus dem Landrechte festzustellen ist,

siehe Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. 26 S. 43.

Daß aber der von den Parteien abgeschlossene Vertrag, selbst wenn der Gefrierapparat speziell für die Klägerin unter Anpassung an ihre Grundstückspläne und Situationszeichnungen angefertigt worden wäre, als Kauf angesehen werden müßte, kann im Hinblick auf die Vorschrift in § 1244 Satz 3 des H.G.B.'s